



AfR/03/2016

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung
am Mittwoch, dem 21.09.2016, 15:00 Uhr,
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:54 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen

Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen

Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Beratendes Mitglied

Herr Tobias Göckeritz, 31634 Steimbke
Herr Dr. Hans Reye, 31547 Rehburg-Loccum
Herr Wolfgang Wiczorek, 31592 Stolzenau

Verwaltung

Herr Markus Arndt,
Herr Kreisrat Lutz Hoffmann,
Herr Landrat Detlev Kohlmeier,
Herr BD Dietrich Pagels,
Herr Marcel Pommer,
Herr Andreas Stroiwas,
Herr Malte Sudhop,

als Vertreter für
Rüdiger Kaltfofen
als Vertreterin für
Dr. Ralf Weghöft

als Protokollführer

Presse

Frau Rebecca Göllner,

Der Vorsitzende KTA Warnecke eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest.

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 07.06.2016
- TOP 2: Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel **2016/168**
- TOP 3: Breitbandausbau im Landkreis Nienburg/Weser **2016/171**
- TOP 4: Antrag Koordinierungsstelle frau+wirtschaft **2016/174**
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen; hier: Entwurf des Naturparkplans
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende

Protokollführer

Der Landrat

Kreistagsabgeordneter

Kreisoberinspektor

Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

21.09.2016

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 07.06.2016

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 2 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2016/168

21.09.2016

Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Liste von Maßnahmen erster Priorität soll um

Maßnahme 172 Neubau und Ausbau von Haltestellen im Baujahr 2017 mit einem Kostenrahmen in Höhe von maximal 100.000 €,

Maßnahme 615 Entwicklung einer Mobilitätsstrategie mit einem Kostenrahmen von 50.000 €,

Maßnahme 616 Rechtliche Beratung für die Auskehrung der Ausgleichsmittel für Zeitfahrkarten im Ausbildungsverkehr mit einem Kostenrahmen von 10.000 €

erweitert werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Brüning fragt an, ob bei der Entwicklung einer Mobilitätsstrategie auch das Thema Elektromobilität Berücksichtigung findet. Sofern das nicht der Fall ist, regt er dieses an.

Dipl. Geogr. Arndt erläutert, dass im Falle der Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes dem Landkreis Nienburg/Weser als Träger für den ÖPNV zusätzlich 500.000 € zur Verfügung stehen, um flexible und alternative Angebote im ÖPNV in Zeiten und Räumen schwacher Nachfrage anbieten zu können. Mit der Maßnahme 615 soll ein Gutachten in Auftrag gegeben werden, um hierfür eine Mobilitätsstrategie zu erarbeiten. In diesem Kontext kann auch das Thema Elektromobilität eingeschlossen werden.

KTA Warnecke merkt an, dass alternative Energien eingesetzt werden können und alle Möglichkeiten diesbezüglich offen stehen.



Protokoll zu TOP 3

2016/171

21.09.2016

Breitbandausbau im Landkreis Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
Der Landkreis Nienburg / Weser übernimmt die von allen kreisangehörigen Gemeinden übertragene kommunale Aufgabe Breitbandversorgung.
Von den anliegenden Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Landkreis Nienburg/Weser und den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden wird Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

BD Pagels erläutert den Sachverhalt.
Drei Bieter haben im Interessenbekundungsverfahren ein Angebot abgegeben. Das Ergebnis ist vertraulich und wird daher nicht näher erörtert.
Die Planung der Netzinfrastruktur ist vergeben an die Fa. Micus Strategieberatung GmbH. BD Pagels stellt die beiden Modelle vor und verweist auf den geänderten Zeitplan der Durchführung. Weitere Förderaufrufe sollen Anfang 2017 erfolgen, der geänderte Zeitplan ist darauf abgestimmt.
Das Ergebnis, welches der beiden derzeit untersuchten Modelle, Wirtschaftlichkeitslückenmodell (WiLü) oder Betreibermodell, voraussichtlich wirtschaftlicher ist, soll in der nächsten AfR-Sitzung am 24.11.2016 vorgestellt werden.
Im Anschluss kann dann der Kreistag über das anzuwendende Modell entscheiden. Ein weiteres Interessenbekundungsverfahren soll durchgeführt werden, um die Kosten für das WiLü besser zu erfassen. Dazu werden die Lose kleingliedriger aufgeteilt, so dass für jede Siedlung eine Kostenprognose erstellt werden kann, um zum Beispiel die teuersten 5 Prozent der Adressen festzustellen.
BD Pagels verweist auf die Antragsstichtage, die je nach Förderprogramm differieren.
Die Bauausführung sowie die Ausschreibungen könnten je nach Förderprogramm ab Frühjahr 2017 beginnen. Die Maßnahmen müssen bis Ende 2018 abgeschlossen

sein, weil danach Fördermittel nicht mehr abgerufen werden können und somit verfallen.

KTA Warnecke weist darauf hin, dass die Region in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit ohne Breitbandanschluss keine Zukunft hat und die Verfahren sowie die Entscheidung über das anzuwendende Model daher zügig vorangetrieben werden müssen.

KTA Heckmann fragt an, wie es aussieht, wenn bereits Netzbetreiber in Ausbaubereichen vorhanden sind.

KTA Dr. Schmäddecke erkundigt sich, wie viele Lose ausgeschrieben werden sollen.

BD Pagels erläutert anhand von Beispielen aus anderen Landkreisen, wie vorgegangen werden kann. Nur für die „weißen Flecken“ wird es eventuell ein eigenes Netz geben, wenn die vorhandene Infrastruktur nicht mitgenutzt werden kann.

KTA Heckmann hinterfragt, ob man am Ende des Verfahrens auf eine „Schwarze Null“ kommt.

BD Pagels erläutert die Vorteile langer Abschreibungszeiten des Landkreises als Betreiber (20 – 25 Jahre) gegenüber den kurzen Abschreibungszeiten privater Unternehmen, wie z.B. der Telekom, mit 7 Jahren.

LR Kohlmeier ergänzt, dass Unternehmen nur dann handeln, wenn es sich wirtschaftlich lohnt und daher der Landkreis auch in Bereiche investieren muss, die nicht zwingend profitabel sind. Die öffentliche Hand ist daher gefordert, wobei die Fördermittel helfen, den Ausbau von Breitbandnetzen voranzutreiben.

LR Kohlmeier hebt dabei die Vorteile des Betreibermodells hervor. Nichts zu tun ist in diesem Fall keine Lösung.

KTA Bergmann-Kramer bekräftigt, dass Abwarten nicht geht und die Gemeinden bereits positiv abgestimmt haben.

KTA Brünschön weist darauf hin, dass die Versorgung mit Breitband ein Aspekt der Daseinsvorsorge ist und dass seine Fraktion ebenfalls das Betreibermodell favorisiert.

Er verweist auf die guten Erfahrungen mit den Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) und gibt seinen Bedenken zu Monopolisten Ausdruck.

KTA Kurowski erkundigt sich nach der voraussichtlichen Höhe der Kosten.

LR Kohlmeier teilt mit, dass die tatsächlichen Kosten derzeit nicht genau zu ermitteln sind aber je nach Landkreis ein Fördermittelvolumen zwischen etwa 4 – 20 Millionen Euro abgerufen werden kann.

Kreislandwirt Göckeritz kritisiert, dass immer mehr Dinge des täglichen Bedarfs privatisiert werden und sieht die Verpflichtung des Landkreises, den Bedarf der Öffentlichkeit durch Fördermittel sicher zu stellen.

Er appelliert, das Modell einer eigenen Betreibergesellschaft zu bevorzugen. Ein Abwandern der jungen Generation wegen fehlender Zukunftstechnologien auf dem

Lande muss verhindert werden. Aufgrund langer Abschreibungszeiten sowie aktuell niedriger Zinsen sieht er daher kein Problem für den Landkreis Nienburg.

KTA Westermann hinterfragt, ob eine Beteiligung der Kunden an den Anschlussgebühren in Frage kommt.

LR Kohlmeier verweist auf den Wettbewerb und zieht Vergleiche zu Investitionen mit Wasser- und Abwassernetzen.

BD Pagels regt an, den vorliegenden Beschlussvorschlag dahin gehend zu ändern, dass das Gremium die anliegenden Kooperationsvereinbarungen zur Kenntnis nimmt.



Protokoll zu TOP 4

2016/174
21.09.2016

Antrag Koordinierungsstelle frau+wirtschaft

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Landkreis Nienburg/Weser beteiligt sich an der Finanzierung der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft in Nienburg für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2018 mit einer Zuwendung von 16.000.-€. In den Jahren 2017 und 2018 können jeweils 8.000.-€ ausgezahlt werden.
Haushaltsmittel sind speziell für das Projekt einzustellen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 5

21.09.2016

Mitteilungen/Anfragen; hier: Entwurf des Naturparkplans

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

BD Pagels stellt den Entwurf des Naturparkplans, der zu Beginn der Sitzung jedem Gremiumsmitglied ausgehändigt wurde, vor.

Dieser Entwurf soll nun in die Gremien sowie die Öffentlichkeit gebracht und auch auf der Steinhuder-Meer-Konferenz vorgestellt werden.

BD Pagels betont, dass der Plan künftig die Grundlage für Anträge zum Erhalt von Fördermitteln darstellt.

Weitere Mitteilungen; hier: Danksagung des Ausschussvorsitzenden

KTA Warnecke bedankt sich bei allen Gremiumsmitgliedern für die allzeit gute und konstruktive Zusammenarbeit und hebt dabei besonders die Planung des regionalen Raumordnungsprogrammes hervor. Auch sei die Nutzung der Windkraft auf eine rechtliche Grundlage gestellt und viel für die Verbesserung des ÖPNV getan worden. Weiterer Dank gilt den Beratenden Mitgliedern für ihr Engagement sowie der Verwaltung für die erfolgreiche Arbeit.

KTA Warnecke wünscht dem neuen Ausschuss alles Gute und eine weiterhin erfolgreiche Arbeit.



Protokoll zu TOP 6

21.09.2016

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Keine Anfragen

Beratungsgang:

ohne